



öffentlich

**Betreff:**

Wohnungsbauförderung durch das Land

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 10.01.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die für Potsdam zuständigen Landtagsabgeordneten aller Fraktionen sowie das für Wohnungsbau zuständige Mitglied der Landesregierung zu einer Gesprächsrunde einzuladen. Gegenstand des Gesprächs soll die besondere Situation der Landeshauptstadt im Wohnungsbau und bei der Sicherung von ausreichendem bezahlbarem Wohnraum vor dem Hintergrund von Artikel 47 der Landesverfassung sein.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die bisherigen Anstrengungen der Stadt reichen nicht aus, um ausreichend Wohnraum für die wachsende Zahl an Einwohnern in Potsdam zur Verfügung zu stellen.

Gemäß Artikel 47 der Landesverfassung ist das Land verpflichtet, „im Rahmen seiner Kräfte für die Verwirklichung des Rechts auf eine angemessene Wohnung zu sorgen, insbesondere durch Förderung von Wohneigentum, durch Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, durch Mieterschutz und Mietzuschüsse.“ Dieses Staatsziel sollte stärker eingefordert werden, um Verdrängungsprozessen in der Landeshauptstadt entgegenzuwirken.